



ERKLÄRUNG DER PRINZIPIEN EUROPEAN FOUNDATION SOCIETY AND EDUCATION 2008, EUROPÄISCHES JAHR DES INTERKULTURELLEN DIALOGS

HINSICHTLICH DER TATSACHE, dass die Erklärung der Menschenrechte und die Erklärung zur kulturellen Vielfalt Errungenschaften der demokratischen Gesellschaften sind, Erbe ihres Reichtums und wesentlicher Teil ihrer Tradition, ist EUROPA verpflichtet, diese Freiheiten auch den Menschen anderer Kulturen, ethnischer Herkünfte und Religionen zugänglich machen.

HINSICHTLICH DER TATSACHE, dass EUROPA eine Gesellschaft ist, die sich durch die Offenheit und Vielfalt ihrer Bürger auszeichnet, bedarf es zum Aufbau eines gemeinsamen Projektes besonderer Werkzeuge.

HINSICHTLICH DER TATSACHE, dass im Rahmen der kulturellen Debatte eine Kooperation öffentlicher und privater Träger auf europäischer Ebene erforderlich ist, um Ideen und Best Practices zu Themen wie Staatsangehörigkeit, Identität und Verschiedenheit in EUROPA auszutauschen,

leistet **SOCIETY AND EDUCATION** durch seine zwölf Handlungsprinzipien einen besonderen Beitrag zu diesen Gesichtspunkten und stärkt dabei das Strategiepapier des Interkulturellen Dialogs und der Bildung beim Aufbau EUROPAS. Der Interkulturelle Dialog entstammt der Politik der Europäischen Union, gewährleistet sozialen Zusammenhalt – ein grundlegendes Prinzip demokratischer Gesellschaften – und Chancengleichheit. Die Schule ist eines der geeignetsten Umfelder, um eine aktive Sichtweise der Vielfalt zu fördern.

INTERKULTURELLER DIALOG

1. Society and Education versteht den Interkulturellen Dialog als Werkzeug für den Frieden, das Zusammenleben, die Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis, das funktionaler Toleranz und teilnahmslosem Relativismus entgegenwirkt.
2. Die Zivilgesellschaft sollte den Interkulturellen Dialog in die Grundlagen ihre Verhaltensweisen und Einstellungen gegenüber der Vielfalt einbeziehen.
3. Die europäische Bürgerschaft sollte sich auf eine Bedeutung der Begriffe „Kultur“, „Rasse“ und „ethnische Herkunft“ im aktuellen sozialpolitischen Kontext einigen. Es gilt die Ziele der gemeinsamen Strategie der Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen.
4. Es ist erforderlich, eine multidisziplinäre Sichtweise des Interkulturellen Dialogs voranzutreiben, so dass seine Umsetzung auf der Zusammenarbeit von Sozial-, Kultur- und Wirtschaftspolitik beruht.
5. Es ist notwendig, die Strategie des Interkulturellen Dialogs auf den Interreligiösen Dialog auszuweiten, um religiöse Freiheit und den kulturellen Wert der Religionen zu garantieren, und um den Notwendigkeiten und Herausforderungen des Zusammenlebens in der Vielfalt der europäischen Gesellschaft gerecht zu werden.
6. Um eine europäische Strategie des Interkulturellen Dialogs zu entwerfen, ist es erforderlich, übergreifende Inhalte zu fördern. Diese sollten beispielsweise Gleichstellungspolitik, Mittel zur Schlichtung und Prevention von Konflikten sowie die Verbesserung des Zusammenlebens berücksichtigen.

BILDUNG

1. Bildung, basierend auf Respekt der Menschenwürde, gehört zu einer ganzheitlichen Entwicklung und erfordert die aktive Teilnahme der Familie, der Schule und der Gesellschaft.
2. Die Bildungspolitik sollte eine interkulturelle Perspektive in ihre Ziele und Prinzipien, Inhalte und Vorschläge einschließen. Inhalte des Interkulturellen Dialogs sollten übergreifend behandelt werden, selbst wenn sie fest in ein Fach des Lehrplans eingeordnet sind.
3. Es ist unerlässlich, die sozialerzieherischen Bedingungen, das Umfeld sowie kulturelle Muster der Schulen zu studieren, um ihre Flexibilität hinsichtlich des Interkulturellen Dialogs zu bewerten. Die Bildungssysteme benötigen adäquate Werkzeuge und Indikatoren, um zu beurteilen, ob sie mit ihren Ressourcen die Entwicklung von interkultureller Bildung ermöglichen können.
4. Es ist unbedingt erforderlich, die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften der Primar- und Sekundarstufe im Bereich der interkulturellen Bildung zu fördern, denn die Lehrer müssen der neuen Realität in der Schule mit adäquaten Mitteln begegnen können.
5. Die Erziehung hinsichtlich staatsbürgerlicher Werte, die auf Respekt gegenüber der Vielfalt und der Bürgerschaft auf europäischer Ebene basieren, sollte für alle Schüler unterschiedlichster Konfessionen in den Lehrplan aufgenommen werden.
6. Es ist Teil des Bildungswesens, pädagogische Methoden und Ressourcen zu entwickeln sowie die Verbreitung von Best Practices und Erfahrungen zu fördern, die gegenseitige Anerkennung, Zusammenleben, Gleichstellung von Männern und Frauen, Respekt, Solidarität und Toleranz betreffen.